



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Der neue russische Minister des Auswärtigen.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Der neue russische Minister des Auswärtigen.



ie vergangene Woche brachte aus Petersburg eine Nachricht, welche auf die deutsche wie auf die österreichische und englische Presse wie plötzlich blau werdender Himmel nach wochenlanger Bewölkung wirkte. Auf schwere Beklemmung folgte der Kunde von der Ernennung des Barons v. Giers zum Chef des Departements der auswärtigen Angelegenheiten in Rußland ein Gefühl der Beruhigung und Sicherheit, welches im Osten alle Sorgen und Gefahren wie durch Zauber verschwunden und eine Ära ungetrübten Friedens eröffnet zu sehen schien. Auch wir freuen uns des Ereignisses aufrichtig, aber nur als eines neuen Beweises für die von uns niemals ernstlich in Zweifel gezogene friedliebende Gesinnung des Kaisers Alexander; denn die Bedenken, die uns Rußlands Zustände sonst einflößten, sind damit nur für die Gegenwart beschwichtigt, keineswegs für die Zukunft hinweggeräumt.

Die Grundsätze und Ziele der Politik des Zaren waren bekannt. Sie waren in dem vor ungefähr Jahresfrist, bald nach der Thronbesteigung desselben ergangenen Rundschreiben dargelegt. Die Sorge des Kaisers sollte nach dieser Rundgebung vor allem den innern Arbeiten gewidmet sein, welche der Fortschritt des bürgerlichen Lebens und die wirtschaftlichen und sozialen Interessen erheischten, die heute Hauptgegenstand der Bemühungen aller Regierungen seien. Rußlands auswärtige Politik werde, so erfuhren wir weiter, eine wirklich friedliche sein, es werde seinen Freundschaften, seinen ihm überlieferten Sympathien treu bleiben. Indem Rußland sich die Stellung wahre, welche ihm im Konzert der Mächte gebühre, und indem es über die Erhaltung des europäischen Gleichgewichts wache, soweit seine eignen Interessen davon berührt würden, halte es sich für solidarisch in Betreff des Weltfriedens, der auf der Achtung

des Rechts und der Verträge beruhe. Diese Erklärung konnte beruhigen, obwohl sie immerhin einige Stellen enthielt, die verschiedener Deutung fähig waren. Spätere Erscheinungen dagegen ließen frühere Befürchtungen wieder erwachen. Man sah den Kaiser von ausgesprochenen Panславisten umgeben, man hörte einen russischen aktiven General sich öffentlich in sehr entschieden deutschfeindlichem Sinne äußern, man bemerkte, daß Fürst Gortschakoff, wenn auch nur nominell, wie schon in den beiden letzten Regierungsjahren Alexanders des Zweiten, Leiter der auswärtigen Politik Rußlands blieb. Gortschakoff war mit dem brennenden Ehrgeize, der den greisen Diplomaten auch in der letzten Zeit noch erfüllte, mit dem Wunsche, „nicht wie eine Lampe auszulöschen, sondern wie ein Stern unterzugehen,“ mit seiner starken Hinneigung zu den Velleitäten der panslawistischen Partei und seinem Liebhäugeln mit den Revanchepolitikern in Frankreich, besonders in den Jahren nach dem Berliner Kongreß eine stete Gefahr für Deutschland und Österreich-Ungarn, und blieb dies, auch als er von den gewöhnlichen Geschäften fern im Auslande weilte. Man mußte annehmen, daß er, der Jahrzehnte lang der Ratgeber des vorigen Zaren gewesen und mancherlei nützliche Dienste geleistet, auch jetzt noch auf die Entscheidung besonders wichtiger Fragen Einfluß ausüben könne, und man glaubte zu wissen, daß er sich nicht ohne Aussicht auf Erfolg bemühe, auf die Wahl eines Gesinnungsverwandten zu seinem Nachfolger im Besitz des Portefeuilles der auswärtigen Angelegenheiten hinzuwirken.

Dieser Kandidat war Ignatieff, der selbst das Seine that, um den Posten zu gewinnen. Geraume Zeit, so ist zu vermuten, schwankte der Kaiser. Das nicht zu beschwichtigende Mißtrauen, mit welchem man in Berlin und Wien den Grafen betrachtete, scheint die Ernennung desselben zum Leiter der auswärtigen Politik Rußlands verzögert und schließlich vereitelt zu haben. So beschränkten sich die Bemühungen für Ignatieff zuletzt darauf, die Wahl des als Friedensfreund bekannten v. Giers zu verhindern und einen den Panславisten genehmen Diplomaten an die Spitze des Auswärtigen Amtes zu bringen. Es war dabei an Fürst Lobanoff, früher Botschafter in Konstantinopel, jetzt in gleicher Eigenschaft in London, gedacht, der hier durch Saburoff, den Vertreter Rußlands in Berlin, ersetzt werden sollte. v. Giers war zum Nachfolger des letztern auszuweisen, er sollte damit aus Petersburg entfernt und dadurch möglichst unschädlich gemacht werden. Auch dieser Plan soll einige Tage Aussicht auf Verwirklichung gehabt haben. Woran er zuletzt scheiterte, ist unbekannt. Es genügt, aus dem kaiserlichen Reskript vom Ostersonntage zu wissen, daß das Intriguenpiel der Panславisten gegen v. Giers bis jetzt erfolglos gewesen ist, und daß Ignatieff nicht den großen Einfluß auf die Entschlüsse seines Gebieters besitzt, den man ihm vielfach zuschreiben zu müssen meinte. Möglich wäre, daß das letzte Attentat der Nihilisten, welches die Ermordung des Generals Strelnikoff zur Folge hatte, diesen Einfluß einigermaßen vermindert hätte. Das System

der Pan Slavisten sollte den nihilistischen Umtrieben ein Ende machen. Diese Erwartung hat sich nicht erfüllt, und man könnte vermuten, daß jene Partei und ihre Vortführer seitdem in Gatschina nicht mehr so angesehen und wert gehalten würden wie vordem.

Sei dem, wie ihm wolle, auf alle Fälle haben die Freunde des Friedens Ursache, sich über die Ernennung des Herrn von Giers zum Minister des Auswärtigen Glück zu wünschen und sie als eine Niederlage der russischen Chauvinisten aufzufassen. Es ist viel wert, daß der Kaiser sich fest gezeigt und endlich den notwendig gewordenen Entschluß gefaßt hat, und es lassen sich daran Hoffnungen für die nächste Zukunft knüpfen. Nur möchten wir vor der zu Anfang dieser Betrachtung erwähnten, mehrfach laut gewordenen Meinung warnen, die nun den östlichen Himmel voller Geigen sieht. Die Intentionen des Kaisers Alexander haben, von Haus aus friedlich, durch die Ernennung eines dem Frieden zugeneigten Ratgebers in auswärtigen Fragen einen neuen, hocheufreulichen Ausdruck erhalten. Der Kaiser besitzt in diesem Augenblicke die Macht, sie zu äußern und geltend zu machen, und er ist sich dessen bewußt. Der Weltfriede ist bis auf weiteres nicht mehr bedroht. Ob auf immer, ob auch nur für lange Zeit, ist eine andre Frage, die wir nicht so zuversichtlich bejahen möchten als die optimistischen Stimmen, die man in den letzten Tagen vernahm. Sene friedlichen Intentionen, die jetzt in Petersburg die Oberhand über das Drängen der Chauvinisten gewonnen haben, könnten — wir sagen nicht beim Kaiser, aber bei andern einflußreichen Persönlichkeiten — von gewissen Betrachtungen begleitet gewesen sein, die nur für die Gegenwart gelten. Mit andern Worten, man könnte gefunden haben, daß es jetzt nicht an der Zeit, nicht opportun sei, sich gegen das verbündete Mitteleuropa in kriegerische Positur zu setzen, wozu man unter günstigeren Konjunkturen starke Neigung empfunden haben würde. Auch diese Frist wäre von Wert für uns und unsre Nachbarn und Allirten in Österreich-Ungarn. Aber das Gefühl dauernder Sicherheit wird erst berechtigt sein, wenn die Verhältnisse und Zustände in Rußland konsolidirt und gegen neue überraschende Zwischenfälle geschützt sind. Wann dies zu erwarten ist, ob überhaupt, weiß bei uns und weiß wohl auch in Petersburg niemand, und so wird ein gewisser Skeptizismus in dieser wichtigen Frage am Orte sein.

Noch einmal: Der Zar hält an seinem friedlichen Programm vom vorigen Jahre fest und läßt es in der Regierungspresse stark betonen. Er will das traditionelle gute Einvernehmen mit Deutschland befestigt und gepflegt wissen. Er hat gegenwärtig die Macht, diesem Wohlwollen Nachachtung zu verschaffen. Es handelt sich nur darum, ob er sie immer haben wird. Die panslavistische Partei ist in Rußland zu einem großen Einflusse gelangt, sie hat, soweit sie es vermeidet, sich offen gegen den Zaren zu erklären, einen beträchtlichen Teil des Volkes hinter sich. Schon oft geschah es, daß Völker ihren Herrschern ihren Willen aufnötigten, und die Russen nähren einen eingefleischten Haß gegen

deutsches Wesen und deutschen Einfluß. Die Verwaltung des Reiches ist vielfach in deutschen Händen, aber eine Regierung, die vorwiegend auf ihrem Beamtentume fußt, ist in jetziger Zeit nicht sehr fest gegründet. Es ist wahr, Rußland ist nicht mit Frankreich zu vergleichen, die Masse des Volkes würde auch einer mächtigen Partei nicht leicht gegen den Kaiser folgen, der ihr als Heiliger, ja als Halbgott erscheint. Unmöglich aber ist's nicht, und so könnte wohl einmal ein Tag kommen, wo der Zar angesichts einer drohenden Revolution keinen andern Ausweg zur Rettung seines Thrones und seiner Dynastie sähe, als den, sich der panslawistischen Partei in die Arme zu werfen, welche die nationale Idee vertritt. Dann aber würde er mit denen brechen müssen, welche den Trägern dieser Idee, gleichviel, ob mit Recht oder, wie wir behaupten, irrtümlich, als Erbfeinde ihrer Rasse gelten.

Das liegt allem Anscheine nach freilich noch in ziemlicher Ferne. Aber auch die Gegenwart gestattet Bedenken. Die Panslawisten haben den Rückzug angetreten, weil sie Rußland isolirt und ohne bestimmte Aussichten auf Erfolge fanden. Mit Gortschakoffs definitiver Beseitigung und seiner Ersetzung durch den Staatssekretär Giers ist man uns in Petersburg entgegengekommen. Wir dürfen uns darüber freuen und wollen hoffen, daß diese freundnachbarliche Stimmung von Dauer sein und sich weiter an Thatfachen erkennen lassen werde. Aber ein wirksameres Mittel, uns von ihr zu überzeugen und uns für längere Zeit zu beruhigen, wäre die Entfernung des Grafen Ignatieff aus dem Räte des Zaren; denn so lange dieser Diplomat am russischen Hofe Einfluß übt, wird niemand recht glauben wollen, daß der Panslawismus dort nicht länger mit mehr oder minder Glück gegen den Westen und den Frieden der Welt Ränke spinnen und bei Gelegenheit obenauf kommen kann. Erst mit der Versetzung dieses Hauptes der Partei auf einen Posten außerhalb Rußlands würde für die nächsten Jahre die Frage erledigt werden, ob im Schlosse von Gatschina nicht bloß der gute Wille, sondern auch die volle Macht vorhanden sei, mit den Traditionen des Fürsten Gortschakoff in seiner letzten Periode zu brechen. Zwar hat der Kaiser Alexander, vor die Wahl gestellt, Giers oder Ignatieff oder einen Gefinnungsgenossen des letztern zum Minister des Auswärtigen zu ernennen, sich befriedigend für uns entschieden. Aber doch läßt sich der Gedanke nicht von der Hand weisen, daß seine Wahl noch mehr befriedigt haben würde, wenn sie auf eine Persönlichkeit gefallen wäre, die durch ihre Vergangenheit und die Bedeutung, welche sie infolge derselben beansprucht, noch mehr Vertrauen erweckt als der bisherige Staatssekretär des Auswärtigen. In diesem Betracht können wir einem Artikel des „Journal des Debats“ in mehreren Punkten beipflichten, in welchem der Verfasser sagt, man habe absichtlich nicht einen bedeutenden Politiker, etwa den Grafen Peter Schuwaloff, an die Stelle des Fürsten Gortschakoff gesetzt, um hinsichtlich der künftigen Politik Rußlands sich die Freiheit der Wahl zu wahren. Die Ernennung eines neuen, besonders hervorragenden

Weiters dieser Politik nach außen hin hätte der Zwiespältigkeit ein Ende machen müssen, die jetzt im Räte des Zaren herrsche; denn entweder hätten die Pan Slavisten gesiegt, oder sie wären gänzlich aus der Nähe des Thrones verdrängt worden. Durch die Ernennung des Herrn von Giers habe Kaiser Alexander es vermieden, sich für eine der beiden Parteien zu entscheiden, er habe sich weder für die Pan Slavisten noch für deren entschiedene Gegner ausgesprochen. So werde der Dualismus im Räte des Zaren fortbestehen, Herr von Giers werde Europa den Frieden predigen, und General Ignatieff werde seine pan slavistischen Pläne weiter verfolgen.

Was zu wünschen war, ist nicht geschehen, und wir müssen mit dem vorlieb nehmen, was uns statt dessen geboten ist. Daneben aber könnten wir etwas thun oder lassen, was die Hoffnung der Pan Slavisten, uns zu besiegen, gestärkt und so die Möglichkeit eines Krieges mit Rußland näher gerückt hat. Nach dem Bericht eines baierischen Blattes ist in Rußland bis in die höchsten Schichten der Gesellschaft der Glaube verbreitet, bei einem Kriege des deutschen Reiches gegen das russische würden unsre Mittel- und Kleinstaaten sich gegen Preußen kehren, dessen Zeitung sie überdrüssig seien — ein Glaube, der sich auf die Beobachtung stütze, daß die Reichsregierung von den Parteien in den letzten Jahren heftig und immer heftiger angegriffen worden. Dieser Glaube ist zwar Aberglaube und zwar ein arger, an Unsinn grenzender Aberglaube, von dessen Abgeschmacktheit sich die Russen, wenn sie einmal — was Gott gnädig abwende — wirklich nicht umhin können sollten, mit uns Streit vom Zaune zu brechen, sehr rasch praktisch überzeugt werden würden. Gleichwohl liegt in der bloßen Existenz jener irrigen Meinung eine ernste Mahnung für unsere Parteien und deren Führer, die beherzigt werden sollte. Wenn der Konflikt über die Militärreorganisation und das Budgetrecht in Preußen nicht gewesen wäre und außerhalb dessen Grenzen nicht die Ansicht hervorgerufen hätte, dasselbe sei geschwächt und diskreditirt, so würde es möglicherweise nicht sobald zum Kampfe mit Österreich gekommen sein. Ähnlich verhielt es sich in der Zeit kurz vor dem französisch-deutschen Kriege, wo in Paris sich ebenfalls ganz irrtümliche Vorstellungen von den deutschen Zuständen und Stimmungen gebildet hatten, die schließlich den Entschluß zum Kriege reifen ließen. Es war nicht zu verwundern, wenn die Franzosen, ohnehin nicht besonders stark in der Beurteilung des Charakters und der Verhältnisse andrer Nationen, sich durch die Hezartikel partikularistischer und ultramontaner Blätter in dem Wahne bestärkt fanden, mit diesem anscheinend so zerrissenen und zerplitterten und so dem Preußentum entfremdeten Deutschland mit wenig Mühe fertig werden zu können. Im Hinblick darauf ist die Mahnung, die jenes Blatt an seine Mitteilung knüpft, man möge sich hüten, dem Auslande abermals Veranlassung zu Irrthümern der gedachten Art zu geben, sehr wohl angebracht, und wir halten es darum für nützlich, ihr, soweit sie uns berechtigt erscheint, unsertheils Verbreitung zu geben. Der Ver-

fasser sagt u. a.: „Wenn wir sehen, wie sich im Reichstage nicht Parteien, sondern Parteiatome bilden, die sich untereinander beständig in den Haaren liegen und nur dann zusammenstehen, wenn es gegen die Reichsregierung Front zu machen gilt, wenn wir sehen, wie Männer, die sonst für Säulen des Reichsgedankens galten, in ihrer Opposition gegen einzelne Pläne des Reichskanzlers sich so verrannt haben, daß sie jetzt Arm in Arm mit den geschwornen Feinden des Reiches gehen und sich mit Waffen aus den Arsenalen des ödesten Partikularismus versehen [Herr von Stauffenberg scheint hiermit gemeint], dann können wir uns nicht wundern, wenn schließlich in Rußland und Frankreich die Meinung entsteht, bei uns gehe alles aus Rand und Band, und es bedürfe nur eines leichten Anstoßes von außen, um das deutsche Reich in Trümmer zu werfen. Deshalb sollten alle Parteien, die wirklich die Erhaltung der schwer erkämpften Einheit wollen, der bestehenden politischen Meinungsverschiedenheiten ungeachtet, nicht nur das aussuchen, was sie trennt, sondern auch das, was sie einigt, und keine Gelegenheit vorübergehen lassen, ohne dafür Zeugnis abzulegen, daß über den Parteien das Vaterland und dessen Wohlfahrt steht.“

Wir haben dieser sehr notwendigen und wohlberechtigten Mahnung zu vernünftiger Auffassung und Behandlung der politischen Dinge nichts hinzuzufügen als den dringenden Wunsch, daß sie beachtet werden möge. Das Parteitreiben in Deutschland ist nachgerade zum Skandal ausgeartet. Lassen wir es nicht auch noch zu einer Verlockung des Auslandes werden, das böse Gedanken gegen uns im Schilde führt.



Die großen Anfangsbuchstaben.



Wenn es keinem Zweifel zu unterliegen scheint, daß die aus der lateinischen entstellte eckige Schrift, die wir deutsch zu nennen pflegen, mit der Verwendung großer Buchstaben für den Anlaut der Substantiva wesentlich zusammenhängt, so hätte man erwarten dürfen, daß zu derselben neuern Zeit, da der Gebrauch der runden lateinischen Schrift sich weiter auszudehnen begann, auch der Majuskel für die sogenannten Hauptwörter entsagt worden wäre. Dies ist jedoch im allgemeinen nicht geschehen. Nachdem vor sechzig Jahren Jacob Grimm angefangen hatte, die großen Buchstaben vom Anlaut der Substantiva zu verbannen, und im Verlaufe bei jedem passenden Anlaß von ihm auf jene unhistorische und verderbliche Sitte aufmerksam gemacht worden war, sind aus der, wie sich denken läßt, sehr beträchtlichen Zahl derjenigen, denen seine in Wahrheit unwiderleglichen